

# Zustimmung zu Mittelschulverbund

**HAUPTAUSSCHUSS** Städte wollen Zwangsarbeiter-Ausstellung auf Dauer ankaufen.

VON HARALD KUCHLER

**BURGLENGENFELD.** Der Kooperationsvertrag zur Gründung eines Mittelschulverbunds im Städtedreieck wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig gebilligt. Er schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Hauptschulen Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Teublitz als Mittelschulen in einem Schulverbund weitergeführt werden und tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Bürgermeister Heinz Karg betonte, dass die Burglengenfelder Sophie-Scholl-Hauptschule auch alleine die Voraussetzungen für eine Mittelschule gehabt hätte. Mit knapp 400 Schülern, einem Ganztagesangebot, dem M-Zug und einem Angebot in der Jugendsozialarbeit erfülle sie die gefor-

derten Voraussetzungen auch allein. In Burglengenfeld habe für eine Kooperation kein Handlungsdruck geherrscht. Es sei aber nötig, den Blick über den Tellerrand hinaus zu richten. Die Probleme in Teublitz und Maxhütte-Haidhof seien bekannt. Karg: „Wenn wir in Burglengenfeld unseren Beitrag leisten können zur vernünftigen Ausbildung aller Kinder im Städtedreieck, dann werden wir das gerne tun.“ Die Verbund-Lösung sei im Sinne des Städtedreieckgedankens.

Für die Hauptschüler in Burglengenfeld ändere sich wenig oder nichts. Die M-Klassen sowie das offene und das gebundene Ganztagesangebot bleiben auch nach Gründung des Schulverbundes in Burglengenfeld. Ein Schüleraustausch finde innerhalb des Bereiches Hauptschulen zunächst grundsätzlich nur zwischen den Hauptschulen Maxhütte-Haidhof und Teublitz statt.

Die Ausstellung „Städtedreieck

unterm Hakenkreuz — NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum“ ist mit 1573 Besuchern am 28. März zu Ende gegangen. Wie berichtet, wollen die drei Städte Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Teublitz die Ausstellung ankaufen und weiter der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Projektgruppe Zwangsarbeit ist jedoch der Meinung, eine Dauerausstellung sei nicht realisierbar, u.a. wegen der Lizenzgebühren und Rechte Dritter an den Materialien. Stattdessen liegt der Stadt ein von Chris Humbs, einem der Vorstände der Projektgruppe, unterzeichneter Antrag auf Finanzierung vor. Er beinhaltet die zeitweilige Fortführung der Ausstellung und einen Ausstellungskatalog. Die Projektgruppe schlägt dazu den Erwerb von zeitlich und örtlich beschränkten Lizenzen durch die Städte vor. Dann könne die Ausstellung „unter gewissen Bedingungen“ von den drei Städten präsentiert werden.

Die Städte möchten jedoch die

Ausstellung auf Dauer übernehmen. Darin habe er sich bereits mit den Bürgermeisterinnen Dr. Susanne Plank (Maxhütte-Haidhof) und Maria Steger (Teublitz) abgestimmt, sagte Bürgermeister Karg. Der Vorschlag der Verwaltung sehe jetzt vor, dass jede der drei Städte 6000 Euro für den Ankauf der Ausstellung auf Dauer und die Erstellung eines Katalogs bereitstelle. In gleicher Höhe sollen sich die Stadt und der Landkreis Schwandorf an den Kosten beteiligen. Insgesamt stünden dann 30 000 Euro zur Verfügung. Karg sagte, dass eine nur dreimonatige Verlängerung der Ausstellung nach einem Angebot von Humbs 36 500 Euro kosten würde.

Gegen die Stimme von Hans Glatzl (BFB) stimmte der Ausschuss dem Vorschlag der Verwaltung zu. Glatzl befürchtete, eine Dauerausstellung bedeute, „dass das Thema erster Klasse beerdigt wird“. Die Ausstellung müsse dagegen weiter gepflegt werden.